

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/127

Bonn, den 10. Juli 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Sicherheit im Alter 38

Schluß mit dem leichtfertigen Zahlenspiel um Renten!

2 - 3 R O S T O C K 61

Die 11. Ostseewoche soll das "Tor zur Welt" aufstossen

Von W. Ramm

4 An der Wirklichkeit vorbei 36

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident weiß nicht Bescheid

5 Weniger Gastarbeiter in Frankreich 25

Folgen der zunehmenden Arbeitslosigkeit

Von Georg Scheuer, Paris

6 Flucht aus der Armut in die Armut 25

Die Elendswelle in den lateinamerikanischen Städten

Von Hermann Deml

* *

Sicherheit im Alter

Schluß mit dem leichtfertigen Zahlenspiel um Renten!

Es war höchste Zeit, daß das Bundesarbeitsministerium auf Ersuchen des Bundestagsausschusses für Sozialpolitik die Vorausschätzungen über die Entwicklung der Renten bis zum Jahre 1972 vorlegte. Der Wirtschaftsminister, der Finanzminister, die Bundesbank, der Bundesrechnungshof und die Rentenversicherungsträger hatten sich gemeinsam auf ein errechenbares Ergebnis ihrer Untersuchungen geeinigt und damit endlich dem Unfug ein Ende bereitet, daß verschiedene Stellen mit unterschiedlichen Zahlen zu verschiedenen Zeitpunkten Verwirrung in der deutschen Öffentlichkeit stiften konnten.

Da hieß es in den letzten Wochen, Beitragserhöhungen auf über 20 Prozent seien "unvermeidbar", das Rentensystem sei "nicht zu halten" und bis 1972 werde die Rentenversicherung ein "Defizit von rund 20 Milliarden DM" aufweisen. Natürlich hatten derartige Behauptungen zu wilden Spekulationen geführt, zumal einige Publikationen das ihre dazu beitrugen, um alles noch zu dramatisieren.

- * Jetzt hat der Sozialexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. E. S c h e l l e n b e r g, festgestellt, daß sich das Vermögen der Rentenversicherung bis 1972 nicht reduzieren, sondern sogar um eine Milliarde vergrößern wird. Die Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums ergeben, daß das Vermögen der Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten Ende 1972 24,2 Milliarden DM betragen wird. Das sind immer noch 15 Milliarden DM mehr als bei der Rentenreform im Jahre 1957!

Man täte gut daran, in Zukunft etwas weniger hektisch mit Zahlen zu manipulieren, die gelegentlich von interessierten Kreisen veröffentlicht werden. Gerade bei den Renten geht es um die Sicherheit der Arbeitnehmer im Alter. Die leichtfertige Verbreitung von "Spielmaterial" ist unverantwortlich.

Und noch ein Wort: Die Sicherung des Lebensabends von Menschen, die viele Jahre lang im Produktionsprozeß gestanden haben, ist und bleibt eine Gemeinschaftsaufgabe unseres ganzen Volkes. Wer hier Abstriche machen will, Zweckmeldungen verbreitet und Eigeninteressen ins Spiel bringt, unterminiert das Vertrauen von Millionen Menschen in die Stabilität des sozialen Rechtsstaates, dem wir alle verpflichtet sind. Wer 40 und mehr Jahre im Produktionsprozeß gestanden hat, erbrachte damit nicht nur eine Leistung für sich selbst, sondern - in der Summe gesehen - auch für die nachfolgenden Generationen. Er hat Anspruch darauf, daß seine Rechte in vollem Umfange gewahrt werden.

R O S T O C K

Die 11. Ostseewoche soll das "Tor zur Welt" aufstossen

Von W. Ramm

Am vergangenen Sonntag eröffnete Ministerpräsident Stoph die 11. Ostseewoche in Rostock. Vom 7. bis zum 21. Juli wird ein umfangreiches Programm abgewickelt, das politische Akzente durch die Anwesenheit prominenter Gäste setzt. Mit den Veranstaltungen zur Ostseewoche werden Feiern zum 750. Geburtstag der See- und Hafenstadt durchgeführt.

Die Stadt zählte 1939 über 125.000 Einwohner. Das Stadtgebiet war mit 9.900 Häusern bebaut. Durch die schweren Bombenangriffe wurden etwa 2.900 Häuser zerstört, so daß 1944 nur noch 7.700 bewohnbare Häuser vorhanden waren. Von 1945 bis 1967 sind 19.000 Wohnungen neu errichtet worden. Neu sind die Stadtteile Reutershagen, Lütten Klein und die Südstadt erstellt worden. Neu erbaut wurden 23 Volks- und 9 Oberschulen, ferner Kindergärten und Dienstleistungsbetriebe.

Heute leben in Rostock etwa 200.000 Einwohner. Das Durchschnittsalter beträgt 31,8 Jahre. Rostock ist die "jüngste Stadt der DDR". Mit seinen Städten war Mecklenburg bis 1945 ein industriell schwach entwickeltes Gebiet. Neben dem Odergebiet konnte es als "Entwicklungsland" angesprochen werden. In den vergangenen Jahren sind große Mittel zur Neuanlage von Industrien aufgewendet worden, wodurch eine Verbesserung der unausgewogenen industriellen Standorte in der DDR erreicht wurde. Dieser Prozeß der Standortverschiebung ist noch nicht abgeschlossen.

Der Hafen, der für seegängige Schiffe wenig Platz bot, ist zum Tor zur Welt ausgebaut worden. Die Hafen- und Kaianlagen wurden

entsprechend den an- und ablegenden Schiffen wesentlich ausgebaut. Seit 1960 haben über 13.200 Schiffe, die in 48 Ländern beheimatet sind, den Rostocker Hafen angelaufen. 1967 wurden hier 7,4 Millionen Tonnen Güter, die in alle Welt verschifft wurden, abgefertigt. Mit dem Ausbau Rostocks als Seehafen ging Hamburg das natürliche Hinterland verloren. Die DDR ist nicht mehr auf den "Transithafen" Hamburg angewiesen. Der Vorteil, daß keine harte "DM-Währung" für Gebühren aufgewendet werden müssen, muß durch den längeren Seeweg in Kauf genommen werden.

Die "Deutsche Seereederei" begann ihren Dienst im Jahre 1952 mit einem nur bedingt seetüchtigen Schiff, der "Vorwärts". Heute verfügt diese Reederei über 160 seetüchtige Schiffe mit einer Tonnage von über einer Million. Für den Fischfang standen 1949 nur 9 Logger zur Verfügung, heute verfügt das "Fischkombinat Marienehe" über 100 solcher Fangschiffe. Die Fangleistung steigerte sich im gleichen Zeitraum von 1.100 auf 188.000 Tonnen. Ein modernes Fischverarbeitungswerk nimmt die Fänge auf und produziert alle gängigen Fischerzeugnisse. Neu erstanden sind Fabriken für den Dieselmotoren- und den Maschinenbau. Die Bauindustrie hat mit größeren Anlagen einen neuen Standort gefunden. Der Umfang der Warenproduktion erhöhte sich in Rostock von 1960 bis 1967 um 52 Prozent.

In naher Zukunft wird in der Nähe von Rostock das "Kernkraftwerk-Nord" errichtet. Die energetische Basis, die noch in den Braunkohlengebieten liegt, verändert sich nicht nur in der Struktur - auch in der geographischen Lage.

Die Ostseewoche demonstriert nicht nur die nicht zu unterschätzenden wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen dieser Stadt, sie hat auch einen starken politischen Akzent. Die Veranstalter wenden sich besonders an die Anrainerländer in der Ostsee. Vielfältige Kultur- und Handelsbeziehungen sollen von hier aus neue Impulse erhalten. Daß die 11. Ostseewoche auch für noch weiter gespannte Pläne und Ziele ein geeignetes Forum ist, geht aus der Rede Ulbrichts hervor, die er am Eröffnungstage vor den Einwohnern und Gästen gehalten hat. Rostock soll nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch das Tor zur Welt aufstoßen.

An der Wirklichkeit vorbei

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident weiss nicht Bescheid

nn. - Der Kieler Ministerpräsident Dr. L e m k e (CDU) hat sich kürzlich in einem Zeitungsinterview einmal mehr im Zweckoptimismus über die wirtschaftspolitische und sozialpolitische Lage Schleswig-Holsteins geäußert. Der SPD-Landesvorsitzende und Oppositionsführer Joachim S t e f f e n hat dem jetzt entgegengehalten, das Wunschdenken des Regierungschefs gehe an der Wirklichkeit vorbei.

Steffen hat Recht. Die gerade in diesen Tagen von der Regierung vorgelegte Übersicht der finanzwirtschaftlichen Entwicklung Schleswig-Holsteins und die neuesten statistischen Zahlen unterstützen die Auffassung des Oppositionsführers.

Der Regierungschef meinte, in Schleswig-Holstein verdienen die Industrie-Arbeiter durchschnittlich mehr als in anderen Bundesländern. Tatsächlich verdient die weitaus größte Zahl dieser Arbeitnehmergruppe weniger. Hinzu kommt, daß auch der monatliche Verdienst der Angestellten um 81 DM unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

Der Regierungschef erklärte, über 50 Prozent der Industriebetriebe des Landes hätten vor 20 Jahren noch nicht existiert. Er übersieht, daß die Bevölkerung Schleswig-Holsteins sich zu einem Drittel aus Vertriebenen zusammensetzt, die erst nach dem Krieg ins Land kamen. Die Zahl der Industriebeschäftigten in Schleswig-Holstein beträgt 69 auf 1.000 Einwohner, die des Bundes aber im Durchschnitt 134.

Der Regierungschef meint, seit 1956 sei ein klarer Trend zu überdurchschnittlichen Zuwachsraten des Brutto-Inlandsprodukts eingetreten. Diese Angabe verschleiert die tatsächlichen Einkommensmöglichkeiten im nördlichen Bundesland. Das Brutto-Inlandsprodukt liegt je Einwohner um 1.143 DM unter dem Bundesdurchschnitt. Bei den Spareinlagen ist der Betrag übrigens um 666 Mark geringer.

Der Regierungschef ist der Auffassung, Schleswig-Holstein habe von der Rezession "kaum etwas gespürt". Die Wirklichkeit ist viel schlimmer. Die Arbeitslosigkeit im letzten und vorletzten Winter an der schleswig-holsteinischen Westküste ist viel höher als im übrigen Bundesgebiet. Bezogen auf die Bundesentwicklung geht die Zahl der Beschäftigten gegenwärtig sogar noch zurück. Bei den Arbeitern blieb sie gegenüber 1967 um 1,9 Prozent rückläufig.

Weniger Gastarbeiter in Frankreich

Folgen der zunehmenden Arbeitslosigkeit

Von Georg Scheuer, Paris

Angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit wird die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte in Frankreich in zunehmendem Maß gedrosselt.

Das größte Gastarbeiterkontingent stellte bis jetzt Algerien. Die Zuwanderung algerischer Arbeitnehmer wurde kürzlich auf 1.000 Arbeitnehmer monatlich beschränkt. Spannungen zwischen Paris und Algier sind die Folge dieser Verfügung. Algerien leidet selbst schon seit längerer Zeit an erheblicher Arbeitslosigkeit und rechnet bis jetzt mit einem regelmässigen Abströmen überflüssiger Arbeitskräfte nach Frankreich. Im ersten Halbjahr 1968 kamen noch 18.000 algerische Gastarbeiter in die frühere "Metropole".

Rückgang schon seit 1964

Anfang 1967 erklärte das Pariser Plankommissariat noch, Frankreichs Wirtschaft brauche 500.000 ausländische Arbeitskräfte bis 1970, also 130.000 jährlich. Dennoch war die Einwanderung seit einigen Jahren zurückgegangen:

* 1964 : 164.000
* 1966 : 130.500
* 1967 : 107.800

Derzeit leben in Frankreich 3 Millionen Gastarbeiter (Familienangehörige inbegriffen). Infolge der Arbeitslosigkeit haben immer mehr ausländische Arbeitnehmer in letzter Zeit Frankreich verlassen. In Paris weist man darauf hin, daß auch in anderen westeuropäischen Ländern die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer zurückgegangen ist.

+ + +

Flucht aus der Armut in die Armut

Die Elendswelle in den lateinamerikanischen Städten

Von Hermann Deml

Jedes Jahr wandern zwei Millionen bettelarme lateinamerikanische Landarbeiter in die großen Städte ab, angezogen von den angeblich guten Verdienstmöglichkeiten in der aufstrebenden Industrie. Doch die meisten dieser Analphabeten, die ohne Fachausbildung kaum Aussicht auf einen Arbeitsplatz haben, vergrößern die Zahl der Erwerbslosen in den Elendsgürteln rings um die blühenden Millionenstädte Lima, Buenos Aires, Rio de Janeiro, Sao Paulo, Caracas, Bogotá oder Mexiko-City.

Es ist nicht zu leugnen, daß es vielen Zuwanderern aus den Landgebieten gelingt, in der Stadt ein verhältnismäßig gutes Auskommen zu finden. Doch 70 Millionen iberamerikanische Landbewohner, in der Überzahl nur saisonal beschäftigte Landarbeiter, vegetieren am Rande des Existenzminimums. Weitere 50 Millionen leben nur wenig besser als das Gros der landlosen Bauern, wie jetzt die JNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) herausfand.

Etwa die Hälfte aller Iberoamerikaner wurden in Not und Misere hineingeboren. Eine unüberwindliche Mauer verhindert die Beseitigung dieser unmenschlichen Zustände: die Allmacht der großen Grundherren, die niemals ihre Privilegien kampflos aufgeben, und der Mangel an Wirtschaftsgütern zur Industrialisierung und Technisierung der Landwirtschaft. Während sich die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus Lateinamerika auf dem Weltmarkt verbilligen, werden die zur Sanierung der Landwirtschaft benötigten Traktoren, Nähmaschinen und anderen Geräte immer teurer.

Solange dieser Teufelskreis nicht durchbrochen wird, bleibt Millionen von Lateinamerikanern nichts anderes übrig, als von der ländlichen in die städtische Armut zu flüchten.